

St.Galler Tagblatt Online, 10. Juni 2006 00:30:59

TRIBÜNE Gemeindepräsidenten: Zu hohe Löhne?

von Silvano Moeckli

Löhne sollten nicht nur objektiven Beurteilungsmassstäben genügen, sie sollten von der sozialen Umgebung auch subjektiv als «gerecht» empfunden werden. Beim Lohn des Chefs haben die Mitarbeitenden gewöhnlich kein Mitspracherecht. Anders in der Gemeindepolitik, wo die Stimmberechtigten dank unserer direkten Demokratie mit dem Mittel der Volksinitiative korrigierend eingreifen können. Dies ist weltweit wohl einzigartig. In einer rein repräsentativen Demokratie kann es vorkommen, dass die politische Elite über alle sonst bestehenden Zerwürfnisse hinweg ein gemeinsames Interesse durchsetzt: Generöse Entschädigungen für alle Amtsträger.

Von der Gesamtmechanik des politischen Systems her betrachtet, ist es durchaus erwünscht, dass Politikerlöhne ab und zu zum Thema gemacht werden. Dies beugt Missbräuchen vor. Initiativen zur Senkung von Löhnen werden eher von politischen Kräften ergriffen, die nicht an der Regierungsverantwortung teilhaben. Für politische Unternehmer, die ein «süffiges Thema» suchen, sind solche Initiativen ohne Zweifel ein Publikumsrenner.

Welches sind nun die Beurteilungsmassstäbe, die man ansetzen kann? Man kann zunächst vergleichen – einmal zwischen Gemeinden, dann im zeitlichen Vergleich in der eigenen Gemeinde. Liegt der Lohn des Gemeindepräsidenten ungefähr im Rahmen von Kolleginnen und Kollegen vergleichbarer Gemeinden? Hat es bei Amtswechseln in der gleichen Gemeinde «Sprünge» gegeben? Ein weiterer Vergleichsmassstab sind die Löhne von gleichwertigen Positionen in der Privatwirtschaft sowie die Löhne von Spitzenbeamten in der Gemeinde. Es ist wohl unbestritten, dass ein Gemeindepräsident mehr verdienen sollte als der bestbezahlte Gemeindeangestellte.

Weitere Kriterien sind Aufgaben, Verantwortung und Arbeitsbelastung. Ohne Zweifel ist das Amt des Gemeindepräsidenten eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe. Ein Gemeindepräsident, der über eine klare Strategie, Energie, Durchhaltevermögen und kommunikatives Talent verfügt, der Unternehmungen und Steuerzahler anzulocken versteht, der einen guten Draht zum Kanton hat, ist für die Einwohnerschaft seiner Gemeinde Gold wert und «unbezahlbar». Die Präsenzzeiten sind hoch. Es wird erwartet, dass ein Gemeindepräsident auch abends und am Wochenende regelmässig im Einsatz steht. Das «Steuersubstrat» bleibt wegen der Wohnsitzpflicht auf jeden Fall in der Gemeinde.

Auf der anderen Seite ist es keineswegs so, dass die Position beziehungsweise der Lohn eines Gemeindepräsidenten so unattraktiv sind, dass sich kaum Bewerber dafür finden lassen. Gerade bei angespanntem Arbeitsmarkt ist eher das Gegenteil der Fall. Es locken eine zumindest für eine Wahlperiode sichere Stelle, ein hohes Sozialprestige, regelmässige Medienpräsenz und die Perspektive des Erwerbs weiterer politischer Ämter. Es würden sich wohl auch bei etwas geringerem Gehalt genügend Bewerber finden.

Doch liegt es wirklich im Interesse der Steuerzahler, die Löhne der Gemeindepräsidenten möglichst tief anzusetzen? Keineswegs! Die Entlohnung muss immer im Verhältnis zu den Rekrutierungsmechanismen, zu den Ansprüchen und zur Leistung gesehen werden. Es liegt im längerfristigen Interesse der Bürgerinnen und Bürger, qualifizierte und engagierte Personen für das Amt des Gemeindepräsidenten zu gewinnen.

Bei einem wirklich guten Gemeindepräsidenten ist ein respektable Lohn gut investiertes Geld. Bei einer Fehlbesetzung kommt die Steuerzahler nicht unbedingt das Gehalt teuer zu stehen; vielmehr können die Folgen schlechter Gemeindepolitik später die Steuerzahler über Jahrzehnte plagen.

Bei Abstimmungen über Lohnsenkungen für Gemeindepräsidenten werden die meisten Stimmberechtigten vor ihrem Entscheid wohl kaum einen Kriterienkatalog durchgehen. Sie werden eher gefühlsmässig

beurteilen, ob der Lohn für die Amtsträger, um die es geht, im Verhältnis zu den Leistungen und im Vergleich zu ihren eigenen Einkünften gerechtfertigt ist.

Unter dem Strich gesehen, verdienen heute die Gemeindepräsidenten in der Schweiz nicht zu viel. Stossend ist eher, dass ihr Lohn nicht überall transparent gemacht wird und dass in Gemeinden ohne Parlament allein der Gemeinderat darüber entscheidet. Das Damoklesschwert der Volksinitiative zur Lohnreduktion verhindert – anders als in der Privatwirtschaft –, dass die Löhne in Sphären entschweben, in denen kein Zusammenhang mehr zur Leistung besteht.

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/altdaten/tagblatt-alt/tagblattheute/hb/hintergrund/art884,458267>

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt Online ist nicht gestattet.

—